

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 9

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Urs W. Schöttli

SPANIEN IN EUROPA

Von der Begeisterung zur Ernüchterung

Zum zweiten Mal seit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 12. Juni 1985 hat Spanien in der zweiten Jahreshälfte 1995 den Vorsitz in der Europäischen Union. Euroskeptiker haben in Spanien ein weitaus geringeres politisches Gewicht als in den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten, doch unter der Bevölkerung beginnt sich Ernüchterung breit zu machen, die im Vorlauf der Regierungskonferenz von 1996 noch wachsen könnte. Die Europabegeisterung dürfte im Jubeljahr 1992 (Olympiade Barcelona, Weltausstellung Sevilla und Kulturkapitale Madrid) ihren Zenit überschritten haben.

Für Spanien hatte der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft – wie für Portugal und Griechenland – eine weitaus tieferreichende politische und wirtschaftliche Bedeutung als für die anderen Neuzugänge zur ursprünglichen Sechsergemeinschaft. Madrid sah zu Recht in der bereits von der Transitionsregierung von *Adolfo Suárez* eingeleiteten Integration die endgültige Überwindung der Franco-Zeit, die Rückkehr Spaniens zum demokratischen und modernen Europa. Darüber hinaus profitierte das Land in direkter wie indirekter Weise wirtschaftlich erheblich vom EG-Beitritt. Noch heute ist Spanien in absoluten Zahlen der grösste Zuwendungsempfänger innerhalb der EU. Wichtiger noch als die direkten Subventionen war aber die rechtliche und politische Stabilität, die mit dem Beitritt einherging, und die entscheidend zu einem präzedenzlosen Investitionsboom ausländischer Anleger beitrug.

Gefährdeter Industriestandort

Von den vier wesentlichen Parteien, den regierenden Sozialisten, dem oppositionellen *Partido Popular*, der katalanischen *Convergencia i Unio* und der exkomunistischen *Izquierda Unida*, hat einzig die letztgenannte eine eindeutig EU-kritische Position. Hält man sich an die Parteiprogramme, so ist von einem in der nächsten Zukunft wahrscheinlichen Regierungswechsel und der Ablösung von Premierminister

Felipe González durch den Vorsitzenden des *Partido Popular*, *Jose María Aznar* als Regierungschef kein Kurswechsel in der spanischen Europapolitik zu erwarten. Dies braucht aber mittelfristig nicht so zu bleiben.

Ein Blick auf die Auflagenzahlen der Qualitätspresse und eine Evaluation des Niveaus der politischen Berichterstattung und Kommentierung in den wichtigen öffentlichen und privaten Televisionskanälen führt zum Schluss, dass der Durchschnittsbürger in Spanien über das Geschehen in Europa und in der Welt weniger orientiert ist als die Bürger anderer EU-Staaten. Kommt hinzu, dass – ein langwieriges Erbe des Franquismus – das Land, von den Grossstädten abgesehen, noch stark auf sich selbst bezogen ist. Dies will allerdings nicht heissen, dass der im allgemeinen gut entwickelte politische Instinkt der Spanier nicht auch in Sachen Europa zum Durchbruch kommen wird.

Der Modernisierungsschub, der im Jubeljahr 1992 seine – vorläufige? – Spitze erreicht hat, wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung positiv bewertet, und auch die Leute von der Strasse wissen, dass die dadurch erreichte dramatische Verbesserung des Lebensniveaus viel mit der europäischen Integration zu tun hat. Anderseits beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass diese Öffnung auch einen sehr hohen Preis hat. Möglich ist, dass diese Erkenntnis durch den seit Jahren sich rapide beschleunigenden Autoritäts- und Popularitätsverlust der Regierung Gonzalez akzentuiert wird. Tatsache ist: Die Öffentlichkeit sieht Spanien in vitalen Sachfragen der Landwirtschaft und Fischerei von der EU gegenüber Dritten ungenügend unterstützt und nimmt gleichzeitig schockiert zur Kenntnis, dass in den letzten Jahren das «Tafelsilber» an Ausländer verscherbelt worden ist. Der Industriestandort Spanien ist in der Tat gefährdet, was die Sorge um prekäre Arbeitsplätze anheizt. Auch wenn die Abwanderung von produktiven Unternehmen mehrere innerspanische Gründe hat (u. a. Produktivität, Arbeitsgesetzgebung, Besteuerung), so ist nicht zu bestreiten, dass die Europäisierung der Märkte es

vielen Unternehmen erleichtert, Spanien als Produktionsstandort aufzugeben.

Geheime Traktanden

Wichtig bei der Beurteilung des spanischen Euro-Klimas ist, dass es bei der Evaluierung von Vor- und Nachteilen der Integration für mehrere politische Familien auch geheime Traktanden gibt, die in der öffentlichen Diskussion selten angesprochen werden. Bei den grossen nationalen Parteien besteht die – begründete – Hoffnung, dass im Rahmen der EU das Gibraltar-Problem gelöst werden kann, und dass gleichzeitig ein sicherheitspolitisch und wirtschaftlich in den EU/WEU-Strukturen verankertes Spanien gegenüber potentiellen Gefährdungen aus dem rastlosen nördlichen Afrika besser geschützt ist.

Für die politisch relevanten Regionalparteien, insbesondere die baskischen und katalanischen, ist die EU wiederum ein Aktivum bei der Durchsetzung

ihrer Forderung nach mehr Autonomie innerhalb des spanischen Gesamtstaats. Es ist offensichtlich, dass jedes Streben nach mehr regionaler Autonomie ohne die Rückhaltposition Europa sicherheitspolitisch und wirtschaftlich viel engere Grenzen haben müsste. Katalanen und Basken können auf mehr Unabhängigkeit gegenüber Madrid pochen, ohne dass sie sich um eine Reduktion ihrer Märkte oder gar um ihre externe Sicherheit Sorgen machen müssten – ein Sachverhalt, der ganz anders aussehen würde, wenn es den europäischen Schirm nicht gäbe.

Insgesamt ist zu erwarten, dass Spanien, das in demographischer wie ökonomischer Hinsicht zwischen den Grossen und den Kleinen in der EU eine wichtige Mittelstellung einnimmt, seine Rolle als europäisches Musterkind aufgeben und vermehrt auf seine eigenen Interessen pochen wird, ein Einstellungswechsel, den zunächst vor allem jene zu spüren bekommen werden, die als Dritte mit der EU ins Geschäft kommen wollen. ♦

Ulrich Pfister

VERFASSUNGSREFORM – BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DIE VOLKSRECHTE

Eine Volksdiskussion ist von *Bundesrat Koller* voller Hoffnung verkündet worden. Wird sie auch ausserhalb der professionellen Zirkel in politischen Organisationen und Medien tatsächlich stattfinden? Der Zweifel an der «Grundwelle» im Volk, von der angeblich grosse Neuerungen begleitet sein müssten, hat die Diskussion über die Gesamtrevision der Bundesverfassung in den letzten dreissig Jahren begleitet. Ehrlicherweise sollte man auf solch emotionales Beiwerk verzichten, denn etwas anderes als eine gründliche Renovation eines bestehenden und soliden Staatsbauwerks ohne wesentliche architektonische Eingriffe war eigentlich nie beabsichtigt.

Die Konzeption dieses Verfassungsgebäudes war von Anbeginn auf Anpassungsfähigkeit angelegt. Es hat in bald 150 Jahren zahlreiche Erweiterungen, Anbauten und Aufstockungen erlebt, auch sind Inneneinrichtung und Mobiliar dem Zeitgeist entsprechend laufend modernisiert worden. Kaum jemand würde dieses stattliche Haus abreißen und neu bauen

wollen, auch wenn dies natürlich ungehemmte Kreativität entfesseln würde. Was aber fast unbestritten als nötig, wenn auch nicht ebenso einmütig als vordringlich betrachtet wird, ist nun eben die grosse Renovation, die nicht nur alle die schadhaften Stellen, Risse, Löcher und Flecken ausbessert, sondern auch die räumliche Organisation sinnvoller gestaltet, Fundamente verstärkt, das ganze Leitungsnetz austauscht und alten Grümpel ausräumt. Eine derartige Renovation ist freilich nicht eine Spielwiese für kühne Architekten, sondern Massarbeit für Spezialisten, die viel Feingefühl für die Erhaltung wertvoller Substanz erfordert und die selbstverständlich im Einverständnis mit den Bewohnern geplant werden muss.

Die nun öffentlich zugänglichen Vorarbeiten für die Verfassungsreform, die nach dem ehrgeizigen Zeitplan bis zum Verfassungsjubiläum von 1998 realisiert werden soll, sind im Sinne dieser Renovationsidee von Fachleuten sehr sorgfältig ausgeführt worden. Sie unterscheiden, gezwungen durch die enge

Auftragsformulierung, zwischen striktem Festhalten heutiger Verfassungswirklichkeit in einer zeitgemäss formulierten Textfassung und einer Reihe von Alternativvorschlägen, die Änderungen bestehender Regelungen ermöglichen würden. Methodisch ist klargestellt worden, dass über derartige inhaltliche Reformen oder Reformpakete separat entschieden werden müsste. Damit würde einer der wichtigsten direktdemokratischen Errungenschaften unserer Verfassung, dass nämlich jede einzelne grundlegende politische Weichenstellung Volk und Ständen vorgelegt werden muss, Nachachtung verschafft. Deswegen wäre auch jeder Versuch einer Totalrevision als radikalem Reformmultipack, von dem manche späten Romantiker träumen, zum Scheitern verurteilt.

Die Schwierigkeit besteht darin, folgende drei Ebenen klar auseinanderzuhalten: Nachführung des Verfassungsrechts, Reformvarianten, die in den Kontext einer grösseren Revision gehören, und politische Forderungen, die jederzeit in Partialrevisionen behandelt werden können. Zu letzteren gehören die materiellen Fragen, die in Kompetenzen und Aufträgen an die Behörden münden, beispielsweise Genetchnologie, Neat, Kriegsmaterialausfuhr. Es ist sinnlos, die Verfassungsreform mit solchen Streitfragen zu belasten. Neuerungen, die im Rahmen einer grösseren Revision behandelt werden müssen, sind hingegen alle jene, die mit der Organisation des Bundes und der politischen Willensbildung zu tun haben. Insofern sind die vorliegenden und angekündigten separaten Reformpakete zu den Volksrechten, zu Parlament, Regierung und Justiz sinnvoll. Nur scheinbar als problemlos dürfte sich die sogenannte

Nachführung des Verfassungstextes erweisen. Hier wird man nicht nur immer wieder fragen, ob das geltende Recht richtig wiedergegeben werde, sondern ob man sich mit all den vertrauten Regelungen heute noch immer voll zu identifizieren vermöge.

Dass die Volksrechte als erstes gesondertes Paket in die Diskussion gegeben werden, verleiht dieser eine gewisse Spannung und gibt dem Titel «Verfassungsreform» Substanz; denn Verfassungsgebung ist als Gegenstand des obligatorischen Referendums und der Volksinitiative Kern der Volksrechte. Und die Tatsache, dass gerade hier nicht einfach fortgeschrieben, sondern Änderungen vorgeschlagen werden, dürfte die «Direktbetroffenen» vielleicht eher aufrütteln als die Einladung zur eher akademischen Volksdiskussion. Zwar war zu erwarten, dass die Erschwerungen, die neben Erleichterungen und Erweiterungen vorgeschlagen werden, sofort zu Abwehrreaktionen führen würden. Es wäre aber schade, wenn die dahinterstehenden Überlegungen zur Funktionsfüchtigkeit der Volksrechte nicht doch auch noch zu vertieftem Nachdenken über die parteipolitischen Barrieren hinweg Anlass gäben...

Die Diskussion hat noch kaum begonnen. Sie wird kaum in grosser Breite, dafür aber in interessierten Kreisen hoffentlich um so gründlicher geführt werden. Voreilige Wertungen wären diesem Prozess, der sich ohnehin am Rande des Wahlkampfs durchschlängeln muss, nicht förderlich. Dass die Verfassungsreform zum grossen Thema in der Öffentlichkeit wird, ist nicht zu erwarten. In vielen Kantonen ist jedoch vorexerziert worden, dass sorgfältig bearbeitete Verfassungsrevisionprojekte auch ohne grosses Spektakel zum Erfolg geführt werden konnten. ♦

SPLITTER

Es lassen sich in der Tat politische Epochen für bestimmte politische Anliegen lokalisieren. Schwierig bleibt in unserem politischen System die zeitgerechte Nutzung solcher Perioden durch die politisch Verantwortlichen. Das Verfahren zur politischen Umsetzung der erkannten Anliegen ist dermassen zeitraubend, dass die endgültige Entscheidung durch das Volk wiederum in eine Zeitspanne fallen kann, wo andere Anliegen vorwiegen.

IWAN RICKENBACHER: Politische Kommunikation, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 1995, S. 51